

Islamophobie

Wenige haben die Debatte über Islam und Islamophobie in den vergangenen Jahren so geprägt wie Farid Hafez und Thomas Schmidinger. Hafez, 29, der das „Jahrbuch für Islamophobieforschung“ herausgibt, erhielt 2010 als Mitherausgeber von „Islamophobie in Österreich“ den Bruno-Kreisky-Anerkennungspreis. Schmidinger, 37, langjähriger Lektor an der Uni Wien, ist international anerkannter Experte für Politischen Islam. Persönlich begegneten sich die beiden Politologen, die eher selten einer Meinung sind, beim Interview zum ersten Mal.

Herr Hafez, Herr Schmidinger, was verstehen Sie beide unter Islamophobie?

Schmidinger: Da ich den Begriff nicht benutze, wäre es sinnvoll, wenn Herr Hafez anfangen würde.

Hafez: Ich verstehe darunter eine negative Stereotypisierung von und feindselige Haltung gegenüber etwas, das als „das Muslimische“, als Anti-These zum „Wir“ wahrgenommen wird. Ich bin mir darüber bewusst, dass der Begriff Islamophobie in der deutschsprachigen Community im Gegensatz zum englischsprachigen Raum sehr umstritten ist. Im Grunde ist es zweitrangig, ob man mit Anti-Islamismus, mit anti-muslimischem Rassismus oder mit Islamfeindlichkeit arbeitet.

Schmidinger: Diese diffuse Verwendung des Begriffs stellt ein großes Problem dar. So wie Sie ihn Ihrem Jahrbuch verwenden, ist er sehr nebulos und beschreibt Phänomene, die nichts miteinander zu tun haben. Sie verwenden ihn für Ressentiments gegen Muslime, aber ebenso für Religionskritik und Kritik an islamischen Organisationen.

Hafez: In der Politikwissenschaft ist nicht einmal der Begriff der Politik eindeutig. Deshalb sehe ich das nüchtern. Ich brauche keine Eindeutigkeit. Wichtig ist nur, dass Autoren eine Klarheit schaffen, was sie darunter verstehen.

Schmidinger: Wenn man, wie Sie es tun, die Hetze der FPÖ und die Kritik eines Grünen Abgeordneten mit demselben Label benennt, nämlich mit „Islamophobie“, dann meint das Label entweder nichts mehr oder es wird zum Kampfbegriff, um rationale Kritik zu desavouieren.

Hafez: Es ist wichtig, konkrete politische Handlungen und Personen zu kritisieren. Nicht in Ordnung ist es hingegen, zu generalisieren, wie es beispielsweise der Grüne Efgani Dönmez getan hat, als er Österreichs Imame allesamt Kameltreiber aus Anatolien nannte.

Schmidinger: Wo es um ein rassistisches Ressentiment gegen das geht, was der Rassist als vermeintlich unterwertige Menschen, sollten wir über Rassismus sprechen. Wo es um eine Angst vor einer muslimischen Weltverschwörung geht bekommt das Ressentiment aber eine neue Qualität, die Ähnlichkeiten zum Antisemitismus aufweist und wofür ich deshalb den Begriff des Antimuslimismus vorschlage.

Sie stimmen beide darin überein, dass jenseits von Rassismus eine islamfeindliche Ideologie Platz greift, die Muslime als Kollektiv imaginiert und ihnen eine Verschwörung vorwirft.

Schmidinger: Die Überzeugung mancher Islamhasser, dass sowohl die muslimischen Migranten in Europa als auch die islamisch dominierten Staaten bishin zu Al-Qaida gemeinsam zur Weltherrschaft streben, ist tatsächlich eine neue Qualität mit einer Parallele zum Antisemitismus. Der Rassist stellt sich sein Opfer als minderwertig vor. Er fühlt sich aber nicht bedroht. Der Antisemit fühlt sich durch die vermeintliche jüdische Weltverschwörung jedoch bedroht. Diese Angst können wir umgelegt auf Muslime in Europa beobachten.

Hafez: Der deutsche Kommunikationswissenschaftler Kai Hafez hat die deutsche Auslandsberichterstattung von 1945 bis 1999 analysiert und dabei klar herausgearbeitet: Islam ist ein eindeutiges Synonym für Gewalt. Dass man den Islam also als etwas Negatives, als etwas Bedrohliches begreift, ist nicht neu. Was sich mit 9/11 änderte war der Blickwinkel, dass nämlich nicht mehr das Ausland alleine von den bösen Islamisten berührt wird, sondern dass er uns jetzt auch im Inneren – im weißen Westen – bedroht.

Wie wurde diese Angst ins Österreichische übersetzt?

9/11 war in Österreich nicht der ausschlaggebende Punkt für breite islamophobe Diskurse. Vielmehr hat es mit der FPÖ zu tun, die sich des Themas angenommen hat, als sie nicht mehr Teil der Regierung war. In diesem Sinn hat ÖVP-Kanzler Wolfgang Schüssel es durchaus geschafft, die FPÖ einzudämmen. Gleichzeitig können wir hier eine interessante Verschiebung beobachten. Während Schüssel die damalige FPÖ-Abgeordnete Helene Partik-Pable im Jahr 2003 noch zurückpiff, nachdem sie versucht hatte, die Kopftuchdebatte aus Deutschland nach Österreich zu holen, war es schließlich die ÖVP selbst, die 2005 mit dem so genannten Integrationsbericht eine islamfeindliche Debatte in Österreich anstieß, als die damalige Innenministerin Liese Prokop: 45 % der Muslime seien Integrationsunwillig. Dieses Beispiel veranschaulicht auch den Einzug islamphober Diskurse in den Mainstream.

Schmidinger: Die FPÖ war immer rassistisch, früher aber nicht primär gegen Muslime gerichtet, sondern eher gegen angebliche ‚schwarzafrikanische Drogendealer‘ und ‚ausländische Sozialschmarotzer‘. Der Perspektivenwechsel hin zu Muslimen hat stark mit den Terroranschlägen von New York, Madrid und London zu tun. Die dadurch ausgelöste Angst bot sich für das Mobilisieren des Ressentiments zu Wahlkampfzwecken an. Vielleicht pflegen sie in zehn Jahren einen anti-chinesischen Rassismus.

Hafez: In den 1990er Jahren stand auf den Plakaten „Wien darf nicht Chicago werden“. Nach 9/11 hieß es „Wien darf nicht Istanbul werden“. Das veranschaulicht diesen Wechsel sehr gut. In bestimmten freiheitlichen Kreisen, etwa im Ring freiheitlicher Jugend, im Bildungsbereich oder auf Webseiten, die eng mit der Partei verknüpft sind, wird jedoch klar von einer muslimischen Weltverschwörung ausgegangen. Die FPÖ beteuert, dass sie den Islam als Weltreligion respektiert – solange die Muslime weit weg sind und sich nicht mit den Menschen hier vermischen. Da geht es um weit mehr als nur um rassistische Wahlkampfplakate, da geht es um eine islamfeindliche Ideologie.

Herr Hafez, Sie haben die politische Diskussion über Minarettverbot im Kärntner und im Vorarlberger Landtag ausführlich analysiert. Mit welchem Ergebnis?

Hafez: Besonders interessant ist, dass nicht der damalige BZÖ-Landeshauptmann Jörg Haider und der Kärntner Landtag als erste es waren, die ein Minarettverbot verabschiedet haben, sondern die Vorarlberger ÖVP unter Landeshauptmann Herbert Sausgruber, und zwar mit absoluter Mehrheit. Die politische Mitte hat es geschafft, die Rechte zu überholen. Während sich die Grünen als einzige Partei konsequent gegen Islamophobie positioniert haben, existiert in der SPÖ kein klarer Kurs in dieser Frage. Und dass es in Kärnten hinter dem Burgenland den zweitgeringsten Anteil von Muslimen gibt, beweist: Islamfeindlichkeit ist auch ohne Muslime möglich.

Inwiefern sind Schlichtungen vorort möglich und tauglich? Bad Vöslau gilt als positives Beispiel. Dort hat man das Minarett von außen unsichtbar in den Innenhof gestellt. Ist das der österreichische Weg?

Schmidinger: Mir wäre eine andere Lösung lieber gewesen. Aber sie funktioniert vorort für alle Beteiligten. Das wirkliche Positiv-Beispiel ist wohl Saalfelden, wo es ein Minarett gibt, das bislang niemandem aufgefallen ist. Wenn die Konflikte nicht von außen politisiert und ideologisiert werden, sind sie lösbar. Wenn sich die FPÖ draufsetzt, ist es vorbei.

Hafez: Solche Projekte leiden darunter, wenn sie auf bundespolitischer Ebene debattiert werden. Schließlich gibt es ja auch keine Bundesmoschee. Die, die daraus Gewinn schlagen, sind rechte dritte Akteure, die versuchen, Einfluss auf lokale Geschehnisse zu nehmen.

War es Thilo Sarrazin, der die islamfeindliche Debatte von den Rändern in die Mitte der Gesellschaft geholt hat, oder wird seine Wirkung überschätzt?

Hafez: Sarrazin hat aufgrund seiner hohen Position und der PR der Bild-Zeitung so viel Aufmerksamkeit erregt. Dass Islamfeindlichkeit schon davor in der Mitte der Gesellschaft angelangt war, ist eine Tatsache, die empirisch belegt ist.

Schmidinger: Sarrazin hatte für Deutschland eine größere Bedeutung als für Österreich. Dort war eine offene Hetze gegenüber Migranten und Muslimen vor ihm Tabu. Hierzulande war das schon vor Sarrazin salonfähig.

Hafez: Und er bekommt auch jetzt noch Einladungen nach Österreich.

Schmidinger: Und zwar aus der ÖVP!

Welches Erbe hinterlässt Anders Behring Breivik, den seine Angst vor einer muslimischen Weltverschwörung bis zum Massenmord trieb, der europäischen Islamdebatte?

Hafez: Jeder hat gemerkt: das ist ein terroristischer Akt, den es so noch nie gegeben hat. Aufgrund der Verbindungen zu unterschiedlichen Ländern Europas, so hat Breivik etwa Henryk Broder, The Gates of Vienna und Gerd Wilders angesprochen, wurde klar: Da gibt es eine internationale Szene, wo auf einander Bezug genommen wird. Das hat die Gesellschaft aufgerüttelt und ein Bewusstsein geschaffen. Ob das nun nachhaltige Konsequenzen mit sich bringt, bleibt offen.

Schmidinger: Verglichen mit anderen Massenmorden, entsetzt es mich, wie wenig nachhaltig die Diskussion über die dahinter stehende Ideologie war. Man gelangte überraschend schnell zur Einzeltäterthese. Wer so etwas tut, hat natürlich einen Klopscher, aber er hat auch eine Ideologie. Auch die Selbstmordattentäter von 9/11 müssen verrückt gewesen sein, aber da ging niemand her und versuchte das Ganze zu psychologisieren, indem er über die schlimme Kindheit von Mohammed Atta sprach. Damals war von Beginn an klar: das ist ein politischer Anschlag. Der Fall Breivik erinnert mich stark daran, wie man mit der bajuwarischen Befreiungsarmee umgegangen ist. Auch Franz Fuchs wird ein Verrückter gewesen sein, aber auch Verrückte haben Ideologien und schreiten oft dann zur Tat, wenn sie das Gefühl haben, dass sie gesellschaftliche Anknüpfungspunkte finden.

Hafez: Durch Breivik scheint sich jeder in seinen eigenen Gedanken bestätigt zu fühlen. Ich gebe Ihnen ein Beispiel, das mir ein junger Student erzählte, der im Sommer bei der MA 48 gearbeitet hat. Ein Kollege hat zu ihm gesagt: ‚Na schau, wenn die Moslems fasten, dann möchte ich sie am liebsten alle niederschießen, weil mich das so unheimlich angeht‘. Und das geschah kurz nach Breivik. Wir müssen sehr aufpassen. Es ist noch nicht salonfähig, zu sagen, ich gehe jetzt in ein Camp und erschieße hundert Menschen. Aber es ist bereits salonfähig, zu sagen, die Muslime sind die Bösen und sie gehören weg.

Interview: Stefan Apfl